

**Otto-Suhr-Institut
für Politikwissenschaft**

**Arbeitsstelle Nationale und
Internationale Gewerkschaftspolitik**

Dr. Stefan Heinz
Campus Lankwitz
Malteserstraße 74-100
Haus L – Raum 442
12249 Berlin

Telefon: +49-(0)-30-838-706-23
Fax: +49-(0)-30-838-704-08

E-Mail: stefan.heinz@fu-berlin.de
Internet: www.polsoz.fu-berlin.de

Sekretariat
Telefon: +49-(0)-30-838-570-59

**Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften und der
Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus den
Reihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des
Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins**

*- Zusammenfassung eines Vortrages im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Stiftung
Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des
Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der
Johannes-Sassenbach-Gesellschaft (20. Juni 2013 in Berlin-Lichterfelde) -*

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus spielt in der Erinnerungskultur eine Nebenrolle. Gleiches gilt für die Forschung und für Diskussionen in den Gewerkschaften, die bis heute Umfang und Intensität gewerkschaftlicher Widerstandsaktivitäten unterschätzt haben. Am 2. Mai 1933 – vor gut 80 Jahren – besetzten die Nazis die Büros der Einzelorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Das Vermögen wurde beschlagnahmt. Zahlreiche Funktionäre kamen in „Schutzhaft“. Nicht wenige wurden gefoltert, einige ermordet. Neben der Gleichschaltung des Parlaments und der Länder stellte die Zerschlagung der freien Gewerkschaften einen bedeutenden Schritt zur Festigung der NS-Herrschaft dar. Wenngleich die ADGB-Spitze im Frühjahr 1933 eine verfehlte „Anpassungspolitik“ gegenüber dem NS-Regime betrieb, organisierten sich bald viele Gewerkschafter im Widerstand. In den Jahren 1933 bis 1945 wurden Tausende inhaftiert. Eine Reihe von ihnen kam ums Leben.

In meinem Vortrag¹ am 20. Juni 2013 wurden Ergebnisse eines Forschungsprojektes an der

1 Der Vortrag fasst im Wesentlichen Forschungsergebnisse zusammen, die in den folgenden Publikationen veröffentlicht wurden: Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.), Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012; Stefan Heinz/Siegfried Mielke (Hrsg.), Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012; Stefan Heinz, Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“: Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010; Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, bearbeitet von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Köln 1988; Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5: Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945, bearbeitet von Matthias Frese und Siegfried Mielke, Frankfurt am Main 1999; Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbei-

Freien Universität Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Siegfried Mielke vorgestellt. Die Auswirkungen der Anpassungspolitik des ADGB im Frühjahr 1933 führen zur verbreiteten Annahme, es habe kaum Widerstand gegeben. An diese Wahrnehmung schließt sich an, dass sowohl die Quantität als auch die Qualität der Verfolgung unterschätzt werden. Außerdem wird differenziertes Verhalten von Gewerkschaftern – wenn es beispielsweise um Zusammenhänge zwischen dem Scheitern der Anpassung und Entscheidungen für Widerstand geht – kaum erfasst.

Im Vortrag ging es zum einen um den Widerstand aus den Reihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Zum anderen war die illegale Gruppe des kommunistischen Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB) Gegenstand des Referates. Informationen zu beiden vergleichsweise wenig bekannten Gruppen, die nach heutigem Kenntnisstand als sehr bedeutende illegale Gewerkschaftsstrukturen in der Frühphase des NS-Regimes angesehen werden müssen, wurden aus Gestapo-Berichten sowie Justizakten – insbesondere aus den Beständen des Bundesarchivs und mehrerer Landes- bzw. Staatsarchive – entnommen. Wichtige Erkenntnisse verschafften darüber hinaus die Unterlagen für nach 1945 anerkannte „Opfer des Faschismus“ (aus verschiedenen Landes- bzw. Staatsarchiven), Selbstzeugnisse aus Nachlässen sowie Berichte und Zeitschriften des DMV, der SPD, des EVMB und der KPD (insbesondere aus Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin).²

Anpassungspolitik des ADGB im Frühjahr 1933

Zwar hatten einige führende freigewerkschaftliche Funktionäre im Zusammenhang mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Ausrufung eines Generalstreiks erwogen. Doch diese Überlegungen wurden wegen der Gefahr gewalttätiger Konflikte und der durch die hohe Erwerbslosigkeit verursachten Schwächung der Arbeiterorganisationen verworfen. Die ADGB-Führung appellierte an die Arbeiter, „Disziplin“ zu wahren. Selbst als die Gewalt gegen Kommunisten und Sozialdemokraten für niemanden mehr übersehbar war, es ab März 1933 überall im Reich zu Übergriffen auf Gewerkschaftshäuser kam und Betriebsräte für abgesetzt erklärt wurden, konnte sich der Gewerkschaftsbund nicht zum Widerstand durchringen. Dessen

ter- und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999.

2 Detaillierte Angaben zu den verwendeten Quellen sind in folgenden Veröffentlichungen zu finden: Mielke/Heinz, Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat, S. 11-49; Heinz/Mielke, Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat, S. 11-49; Heinz, Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“, S. 11-39, 522-568.

Spitzenfunktionäre versuchten vielmehr, sich unter Betonung ihrer „nationalen Verantwortung“ mit den Nationalsozialisten zu arrangieren und auf diese Weise die Gewerkschaften zu erhalten. Die ADGB-Führung erklärte ihre Neutralität gegenüber der neuen Herrschaft. Auch akzeptierte sie Eingriffe in das Tarifvertragssystem. Ein Teil der ADGB-Funktionäre ging sogar auf Abstand zur SPD, mit der bis dahin eine enge Allianz gepflegt worden war. Diese hatte nicht zuletzt aufgrund der freigewerkschaftlichen Distanzierung vom Mehrparteienstaat Risse bekommen. Selbst die eigene internationale Dachorganisation, den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der im April 1933 sein Berliner Büro geräumt hatte, verließ der ADGB im selben Monat.

Alle Versuche, sich mit den Nazis zu arrangieren, konnten die mächtigsten Arbeitnehmerorganisationen der Welt nicht „retten“. Der Befehl zur Zerschlagung, die unter Leitung eines „Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit“ stand, wurde am 21. April 1933 gegeben: „Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion“, stand in einem vertraulichen Schreiben geschrieben, das in die Gaue der NSDAP verschickt wurde. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) sollte Träger der Zerschlagung sein.

Die NSBO war die Kampfformation der NSDAP in den Betrieben. Ihre Aufgabe bestand darin, den Einfluss von Sozialdemokraten und Kommunisten zu brechen. Sie blieb immer – sogar bei den Anfang 1933 begonnenen und im April abgebrochenen Betriebsrätewahlen – weit hinter den Ergebnissen der freien Gewerkschaften zurück. Diese hatten damals 73,4 Prozent der Stimmen erhalten. Während die bereits verfolgten Kandidaten „roter“, also separater kommunistischer Listen ein Ergebnis von 4,9 Prozent erzielten, erreichte die NSBO 11,7 Prozent.

Mittels einer betrieblichen Wahl konnte Hitler die Macht über die Arbeiterschaft nicht erlangen. Die meisten Gewerkschafter hofften auf ein Scheitern der von ihm geführten Regierung. Der Zerschlagungsbefehl zeigt deutlich, dass die gewerkschaftliche Bindung der Arbeiter mittels einer Strategie aus Gewalt und Integration aufgeweicht werden sollte. So hieß es, SA und SS seien „zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen“. Die Aktion sollte „in einer Form vor sich gehen, daß dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird“, dass sich diese „nicht gegen ihn, sondern gegen ein [...] mit den Interessen der deutschen Nation nicht übereinstimmendes System“ richtet.

Der Zeitpunkt der Zerschlagung unmittelbar nach dem Arbeiterkampftag war bewusst gewählt. Erstmals zum Feiertag erklärt, diente der 1. Mai 1933 zur Demonstration einer vermeintlichen

Einheit von Nationalsozialisten und Arbeiterschaft. Die Anpassung der ADGB-Führung war Mitte April 1933 derart weit gegangen, dass sie zur Teilnahme an den Nazi-Feiern anlässlich des „Tages der nationalen Arbeit“ aufgerufen hatte. Sie erklärte, am 1. Mai sei angeblich stets „das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter“ erglüht, um den „werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeiterdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewusste Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen“. NSDAP-Propagandaleiter Joseph Goebbels schrieb fast zeitgleich in sein Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt.“

Weil sich die freigewerkschaftlichen Organisationen trotz aller Unterwerfungsgesten den Kernbereich ihrer Arbeit – die Koalitionsfreiheit und die Schutzfunktion für Beschäftigte – nicht nehmen ließen, befanden sie sich im Widerspruch zur Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten. Sie mussten beseitigt werden.

„Schwarzer Dienstag“ 2. Mai 1933

An der Inszenierung am 1. Mai 1933 beteiligten sich bis in die Abendstunden Hunderttausende. Doch nicht wenige Gewerkschafter blieben den Feiern fern. Oder sie organisierten Mai-Feste im kleinen Kreis. Hitler hatte auf dem Tempelhofer Feld in Berlin von einer „Erhebung“ des Volkes über „Klassen, Stände und Einzelinteressen“ gesprochen. Er betonte, der 1. Mai werde „Symbol der großen Einigung“. Das deutsche Volk könne nur stark sein, wenn es „den Geist des Klassenkampfes und der Zwietracht aus dem Herzen“ reiße – ein entscheidender Punkt, um den es den Nazis letztlich ging.

Für die freien Gewerkschaften bedeutete diese Ansage, dass gerade mal einen halben Tag nach Hitlers Rede ihre Einrichtungen von NSBO- und SA-Mitgliedern gestürmt wurden. Hermann Schlimme, Sekretär des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart, erklärte später, er sei am Morgen des 2. Mai 1933 „wie alle übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes und deren Mitarbeiter gewaltsam mit vorgehaltenen Revolvern“ aus den Büros geführt und „auf Lastwagen“ zum Verhör abtransportiert worden. Einige hätten versucht, die Polizei zu alarmieren: „Sie kam auf Autos und fuhr ohne abzusteigen weiter, als sie sah, daß die SA das Haus umstellt hatte.“

Nun tobte der Hass im Reichsgebiet. In Duisburg wurden die Gewerkschafter Johann Schlösser, Julius Birck, Michael Rodenstock und Emil Rentmeister von SA-Männern erschlagen. Allein am „Schwarzen Dienstag“, wie der 2. Mai 1933 in Gewerkschafterkreisen fortan hieß, wurden Hunderte Personen festgenommen. Doch die Gewalt hielt tagelang an. Die verhafteten Gewerkschafter kamen meist bald wieder auf freien Fuß. Sie mussten sich jedoch regelmäßig bei der Polizei melden. Viele wurden überwacht, andere blieben inhaftiert. Für letztere begann oft ein Leidensweg durch Konzentrationslager, Zuchthäuser und andere Haftstätten.

Am 10. Mai 1933 entstand die Deutsche Arbeitsfront (DAF) – inszeniert als „Einheitsverband“ von abhängig Beschäftigten und Unternehmern. Die DAF, die sich die „Ausrottung des Marxismus“ auf die Fahnen geschrieben hatte, war keine Gewerkschaft. Sie lehnte Arbeitskämpfe ab. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sollte im Sinne der „Volksgemeinschafts“-Propaganda verschleiert werden. Nach Ansicht der Nationalsozialisten durfte eine Interessenvertretung der Arbeiter keine Rechte besitzen. Die Gründung erfolgte auch, um sie zu vereinzeln und die in ihrem Kurs unbequem gewordene NSBO zu ersetzen. Das Gewerkschaftsvermögen floss in die DAF. Damit finanzierte die Organisation Programme zur Betreuung und Beeinflussung ihrer Mitglieder. Tarifverhandlungen gab es nun nicht mehr, Streiks waren unter Androhung hoher Strafen verboten. Stattdessen organisierte die Arbeitsfront Wettbewerbe zwischen den Betrieben zur Steigerung der Leistungsbereitschaft und der Kriegsproduktion. Sie führte überdies kulturelle und touristische Veranstaltungen durch. Auch aufgrund dieser Anreize, aber vorrangig wegen des bei Neueinstellungen oftmals verlangten Zwangs zur Organisierung besaß die DAF zeitweise über 20 Millionen Mitglieder. Glaubt man den Lageberichten der Geheimen Staatspolizei, soll die Organisation trotzdem keineswegs beliebt gewesen sein. Die Angst, keine Arbeit zu bekommen, war ein besonders häufiger Beitrittsgrund.

Gewerkschaftliche Defensive in der Endphase der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik gab es drei Richtungsgewerkschaften, die jeweils einen Dachverband besaßen. Dazu gehörten die SPD-nahen ADGB-Gewerkschaften mit der höchsten Mitgliederzahl. Die traditionelle Eigenbezeichnung „frei“ demonstrierte den Anspruch, ausschließlich Arbeiterinteressen verpflichtet zu sein. Hinzu kamen die wesentlich kleineren christlichen Gewerk-

schaften sowie die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Daneben gab es kleine Verbände, die Berufsgruppen organisierten.

Aufgrund verschärfter Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entstand ab 1928 die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO).³ Sie gründete 1930/31 in einigen Industrien „rote Verbände“ wie den EVMB in Abgrenzung zu den ADGB-Gewerkschaften. Wie alle KPD-Nebenorganisationen wurde die RGO im Zuge der nach dem Reichstagsbrand erlassenen „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ Ende Februar 1933 de facto für illegal erklärt. Die ADGB-Gewerkschaften wurden dann Anfang Mai 1933 zerschlagen; die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Berufsgewerkschaften lösten sich bis Ende Juni selbst auf. Hierbei wurde jedoch teils massiver Druck ausgeübt, wenngleich die Anpassung manch christlicher Gewerkschafter weit über die von Funktionären aus den freien Gewerkschaften hinausging.

Im Zusammenhang mit Ereignissen rund um die Machtübernahme Hitlers und die Zerschlagung der freien Gewerkschaften tritt die Frage auf, warum die ADGB-Verbände nicht wie im Jahr 1920 anlässlich des Kapp-Putsches handelten. Warum riefen sie nicht zum Generalstreik auf, um die Nazi-Gefahr abzuwehren? Eine Antwort darauf lässt sich nur finden, wenn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns betrachtet werden. Zwar war es den ADGB-Gewerkschaften in der Weimarer Republik gelungen, das Tarifvertragssystem, den Achtstundentag und die Erwerbslosenversicherung durchzusetzen. Ein erheblicher Teil der

3 Bereits 1928 hatte die KPD-Führung in Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale (KI) und der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) eine neue Periode in der „Krisentendenz“ des Kapitalismus erkannt. Angenommen wurde, dass sich die Klassenkämpfe verschärfen und die Radikalisierung der Arbeiter steigt. Eine „Einheitsfront“ mit der SPD sollte nur noch „von unten“ – also zur Einbeziehung von Basis-SPDlern in Aktionen der Kommunisten – möglich sein. Wenngleich diese Strategie umstritten war, wurde der RGO die Aufgabe zuteil, die prognostizierte Linksentwicklung in den sozialdemokratisch dominierten, freien Einzelgewerkschaften des ADGB als „offensive Strömung“ zu unterstützen. Darum versuchte die RGO, eigene Streikkomitees und „rote Listen“ bei Betriebsrätewahlen unter Einbeziehung Unorganisierter aufzustellen. Bald gab es Versuche, Streikkämpfe „vollkommen selbständig“ – also gegen den Willen der ADGB-Funktionäre – durchzuführen. Auch wenn dieses Vorgehen auf eine „Formierung“ der RGO in den Gewerkschaften gerichtet war, bewirkte es das Gegenteil. Denn die Organisationen entledigten sich ihrer unbequemen Opposition durch Ausschlüsse. RGO-Anhänger versuchten, die Initiierung von „wildem Streik“ mit Aussagen zu legitimieren, wonach sich der sozialdemokratische Reformismus in „Sozialfaschismus“ verwandelt habe, da die SPD-Spitze und die freigewerkschaftlichen Funktionäre die Arbeiter vom Kampf abhalten würden. In mehreren Industrien und Regionen entstanden 1930/31 „rote Verbände“. Bereits Mitte 1931 wurde dieser Prozess von der KPD-Spitze gestoppt, da alle eigenständigen RGO-Verbände Ausdruck einer kleinen radikalen Bewegung blieben. Auch das nun von der KPD-Führung erneut favorisierte Konzept der innergewerkschaftlichen „Fraktionsarbeit“ mit Strukturen der RGO-Industriegruppen funktionierte aufgrund von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und einer mangelnden Bereitschaft der Basis-RGÖler selten. Der RGO, die etwa 230.000 Mitglieder hatte, galt immer als „staatsfeindliche Organisation“, deren Aktivitäten von den Polizeibehörden intensiv überwacht wurden.

Gesellschaft – besonders die Eliten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – war jedoch gewerkschaftsfeindlich eingestellt. Zum Ende der Weimarer Zeit trat die Schwäche der Arbeiterorganisationen deutlich zum Vorschein. Die Weltwirtschaftskrise sorgte für eine Belastung, der die Gewerkschaften immer weniger gewachsen waren. Dabei wirkte sich die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung hemmend auf die Abwehr sozialer Kürzungen und der Nazis aus.

Ab Beginn der Notverordnungs-kabinette des Zentrum-Politikers Heinrich Brüning 1930 war die Politik der Regierung nicht mehr auf einen Interessenausgleich orientiert. Sie begünstigte Krisenüberwindungsstrategien der Unternehmer auf Kosten der Beschäftigten. Der ADGB wollte die Krise mit staatlicher Regulation überwinden und Arbeitskämpfe vermeiden. Dessen Vorschläge waren auf Lohnerhöhungen gerichtet, die eine gesteigerte Kaufkraft und höheren Absatz versprachen. Dadurch sollten die Personalkosten für mehr Beschäftigte ausgeglichen werden. Hoffnungen auf Berücksichtigung solcher Empfehlungen erübrigten sich. Das Schlichtungswesen mit staatlich verordneten Verbindlichkeitsverpflichtungen wurde zum Instrument des Lohnabbaus. Die Gewerkschaften zogen kaum Konsequenzen daraus, dass Politik immer in Abhängigkeit zur kapitalistischen Reproduktion steht. Der Verzicht des ADGB auf ein offensiveres Vorgehen hatte Bedeutung für die weitere Entwicklung. Denn das Regierungsprogramm Heinrich Brünings zur Absenkung des Lohnniveaus setzte voraus, dass kaum Arbeitskämpfe geführt wurden. Streiks konnten aber die Durchsetzung der Lohnabbaumaßnahmen gefährden.

Dass sich der ADGB zurückhaltend verhielt, resultierte aus seiner geringeren Schlagkraft als in den 1920er-Jahren. Diese war durch massive Mitgliederverluste hervorgerufen worden. Am Vorabend des deutschen Faschismus war fast die Hälfte aller Gewerkschafter arbeitslos, bei den Bauarbeitern waren es 87 Prozent. Diejenigen, die noch Arbeit hatten, waren oft nicht mehr vollzeitbeschäftigt. Zugleich gab es in den Gewerkschaften Hoffnungen, die Brüning-Regierung werde als „Gegenleistung“ das Tarifvertragssystem nicht anrühren und den ADGB als gleichberechtigten Gesprächspartner akzeptieren. Ein Trugschluss. 1932 wurde per Notverordnung direkt in die Tarife eingegriffen. Die Löhne sanken, weil es die Regierungspolitik so vorsah. In einigen Bereichen waren die Gewerkschaften aus dem Lohnfindungsprozess ausgeschlossen.

Während die kommunistische RGO mit politischen Streiks den Lohnabbau verhindern wollte, lehnten die Repräsentanten der ADGB-Gewerkschaften dies im Regelfall ab. Trotz kritischer Stimmen in den eigenen Reihen sahen sich die Verbände kaum in der Lage, den Lohnabbau zu

stoppen. In der Tat hatten der ADGB und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften ihren Handlungsspielraum durch Zugeständnisse weiter eingeengt. Von Gewerkschaftsseite wurde zu wenig berücksichtigt, dass die Wirtschaftskrise eine politische Dimension besaß. Diese wirkte auf die wirtschaftliche Situation zurück. Welche Interessen in die Politik einfließen, hing auch davon ab, wie sich alternative Krisenkonzepte Gehör verschafften. Zu Beginn der Krise (1929/30), als eine Gegenwehr mit Hilfe von Streiks eher möglich gewesen wäre, sah gerade die ADGB-Spitze darin mehr Risiko als Gewinn. Es wurde auf eine schnelle Überwindung der Krise gehofft. Nachdem aber deren Ende nicht absehbar schien, war ein Kurswechsel schwerer möglich und wurde verworfen.

Waren es also die freien Gewerkschaften, die zu Beginn der Krise Spielräume unterschätzten, gründete das RGO-Konzept auf einer Überschätzung der Aktionsmöglichkeiten. Bedenken vor der Stärkung der RGO förderten im ADGB zusätzlich die Abneigung gegen Streiks. Die Gewerkschaften versäumten den Zeitpunkt, die Streikbereitschaft der Arbeiter zu erhöhen und so die Gefahr des Streikbruchs zu reduzieren. Dagegen zeigte die RGO ihre Selbsttäuschung, wenn sie wegen der um sich greifenden Verarmung vom Anstieg der Streikbereitschaft sprach und die Krise als letzte kapitalistische Regung deutete. Die real abnehmende Streikbereitschaft in den letzten Jahren der Weimarer Republik belegt, wie wenig Aktionsbereitschaft vorhanden war – erst recht für einen linken Umsturz.

Zugleich machte der Betriebsalltag deutlich, wie die Angst umging, den Arbeitsplatz zu verlieren. Nahezu jeder, der noch beschäftigt war, wusste, dass er ersetzbar war. Für die einfachsten Arbeiterrechte einzutreten, war schwerer geworden. Kommunisten gingen das Risiko oft ein, verbanden ihr Engagement mit radikalen Forderungen. Sie wurden dafür als erste aus den Betrieben entlassen. Die Masse der Erwerbslosen wiederum hatte mit Selbstwertverlusten zu kämpfen. Deshalb versuchte die RGO, Erwerbslose in Streiks einzubeziehen. Doch bis auf vergleichsweise wenige, die sich der RGO anschlossen, wäre dieser Schritt für die Mehrheit nicht infrage gekommen. Erwerbslosen war bewusst, dass sie nur wenig Druckmittel hatten. Manche wollten hauptsächlich ihren Unmut kundtun, wovon die KPD bei Wahlen profitierte. Oft blieb es dabei. Unzufriedenheit, kurzzeitiger Protest und Apathie bildeten eine Einheit.

So fatal die Anpassungspolitik der freien Gewerkschaften Anfang 1933 war, umso weniger ist sie losgelöst von den Rahmenbedingungen sowie der gewerkschaftlichen Strategie zum Ende der

Weimarer Republik zu bewerten. Verschiedene Faktoren waren für den geringer werdenden Handlungsspielraum verantwortlich – nicht zuletzt die gewerkschaftliche Staatshörigkeit. Um gern gepflegte Mythen zu entkräften: Auch wenn zahlreiche Basisgewerkschafter auf einen Gewerkschaftsaufbruch zur Abwehr der Nationalsozialisten warteten, sollte die dahinterstehende Schlagkraft nicht überschätzt werden. Anfang März 1933 stellte die Polizei in einem Überwachungsbericht fest, dass „mit Lohnkämpfen größeren Umfangs“ nicht mehr zu rechnen sei. Auch die RGO-Agitation für einen Generalstreik sei nahezu „wirkungslos“ gewesen, hieß es weiter.

Zahlreicher gewerkschaftlicher Widerstand gegen das NS-Regime

Angesichts der Ereignisse im Vorfeld des 2. Mai 1933 drängt sich der Eindruck auf, gewerkschaftlicher Widerstand⁴ gegen das NS-Regime sei etwas Unbedeutendes gewesen. Eher sei die Gewerkschaftsbasis als die Führung aktiv gewesen, wurde nicht selten behauptet. Ähnlich hatte die RGO agitiert und den „Gewerkschaftsbözen“ Verrat vorgeworfen. In der Tat nahm die RGO bereits im Frühjahr 1933 den antifaschistischen Widerstand auf, indem sie versuchte, illegale „Klassengewerkschaften“ aufzubauen. Damit waren wie im Falle des EVMB Organisationen gemeint, die weitgehend unabhängig von sozialdemokratischen Einflüssen aus den ADGB-Gewerkschaften in Opposition zum Nationalsozialismus aufgebaut werden. Sie sollten den „Massenwiderstand“ zur Herbeiführung der nahe geglaubten Revolution organisieren. Einige wenige RGO-Strukturen wie der EVMB konnten 1933/34 vergleichsweise feste Widerstandsstrukturen bilden. Sie blieben aber für nichtkommunistische Gegner des NS-Staates unattraktiv. Auch nicht wenigen Kommunisten war z. B. der „rote Verband“ EVMB immer zu radikal und „sektierisch“ (siehe die Details zum EVMB-Widerstand unten). Da die Aktivitäten der RGO nur unzureichend an konspirative Erfordernisse angepasst waren, gelang es den NS-Verfolgern schnell, die

4 Bei der Frage, was unter gewerkschaftlichem Widerstand zu verstehen ist, soll hier der Definition des Historikers und Politikwissenschaftlers Michael Schneider gefolgt werden. Demnach beinhaltet gewerkschaftlicher Widerstand verschiedene Bestrebungen, „den persönlichen Zusammenhalt [...] aufrecht zu erhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten“. Diese Form des Widerstandes schloss auch zahlreiche Versuche ein, „den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten“. Laut Schneider gab es darüber hinaus Formen des Widerstandes, der in Versuchen bestand, „den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten“ und Überlegungen im Hinblick auf eine demokratische Neuordnung für die Zeit nach dem Ende des NS-Regimes anzustellen. Vgl. Michael Schneider, Gewerkschaftlicher Widerstand, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 79-89, hier S. 80.

Gewerkschaftsgruppen zu schwächen oder zu zerschlagen. Aufgrund von Veränderungen der KPD-Politik und zahlreicher Verhaftungen konnte die RGO 1935 ihre Aktivitäten nicht mehr aufrechterhalten.

Neuere Forschungen belegen: Erstaunlich viele sozialdemokratische Freigewerkschafter, insbesondere Funktionäre auf höherer und mittlerer Ebene der ADGB-Gewerkschaften, die zwar im Frühjahr 1933 mit ihrer Anpassungspolitik versagten, betätigten sich nur kurze Zeit später im Widerstand. Insbesondere unter den Metallern war die Auflehnung intensiv. Das freigewerkschaftliche Widerstandsnetz des DMV, das Unterstützung aus den Betrieben bekam, sammelte Berichte über die Produktion und die Stimmung der Arbeiter (siehe die Details zum DMV-Widerstand unten). Diese Berichte zeigen, dass Denk- und Verhaltensweisen der Arbeiterschaft im Widerspruch zur Nazi-Propaganda einer real vereinten „Volksgemeinschaft“⁵ standen. Andererseits bedeutete Nichtzustimmung keineswegs automatisch widerständiges Handeln. Wenn zeitliche Phasen betrachtet werden, wird oft unterschiedliches Verhalten in der gleichen Person entdeckt werden können. Kuriere leiteten die illegal angefertigten Berichte ins Ausland, von wo das Netzwerk Hilfe vom IGB und dem Exilvorstand der SPD (Sopade) erhielt. Gleichzeitig brachten die Gewerkschafter im Reich illegale Zeitschriften in Umlauf und leisteten damit einen Beitrag für eine Gegenöffentlichkeit. Das risikoreiche widerständige Engagement, das erhebliche Verluste durch Verhaftungen, Folter und Morde nach sich zog, wird bis heute kaum gewürdigt.

5 Ian Kershaw konstatiert, dass „das NS-Regime beim Aufbau einer soliden ‚Volksgemeinschaft‘ wenig erfolgreich war“. Zugleich betont der britische Historiker, dass das „Volksgemeinschafts“-Konzept, das bei manchen neueren Forschungen eine zentrale Rolle spielt, zwar „zu einigen interessanten und wichtigen Einsichten“ geführt habe. Diese würden allerdings „nicht den Kern des Regimes treffen“. Angesichts aktueller Debatten, die laut Kershaw Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Widerstands- und Oppositionshandlungen gegen das NS-Regime, aber auch hinsichtlich der Wahrnehmung und Bewertung der NS-Gesellschaft insgesamt hätten, sei darauf zu achten, dass der NS-Propagandabegriff der „Volksgemeinschaft“ keinesfalls „unkritisch akzeptiert und damit selbst zu einer Erklärung wird“, so Kershaw weiter. Die Schranken im Zusammenhang mit seinem Gebrauch seien hoch. „Alles in allem scheint er mir ein Konzept von begrenztem Wert“, so Kershaw. So sei der Begriff zwar nützlich, um das verbrecherische Potenzial des NS-Staates zu erfassen, „doch als Analyseinstrument“ sei er „mit signifikanten Mängeln behaftet“, lautet das Fazit des Historikers. Als Antwort auf Kershaw erklärt der Historiker Michael Wildt, dass die „Volksgemeinschaft“ nicht als „materielle Realität“ bzw. Feststellung eines „Ist-Zustandes“ des NS-Regimes verstanden werden sollte. Die „politische Kraft“ der Verwendung des Begriffs von der „Volksgemeinschaft“ habe vielmehr in der Verheißung und Mobilisierung zu deren Herstellung mittels Vergemeinschaftung bestanden. Es gelte laut Wildt „Volksgemeinschaft“ als „soziale Praxis“ zu untersuchen, weshalb er im „Volksgemeinschafts“-Konzept der historischen Forschung erhebliche Chancen erblickt. Vgl. Ian Kershaw, „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011) 1, S. 1-17, hier S. 17; Michael Wildt, „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 8 (2011) 1, im Internet: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2011>, (zuletzt abgerufen 25. 6. 2013).

Die von Siegfried Mielke und mir im Metropol Verlag seit 2012 herausgegebene Buchreihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus – Verfolgung, Widerstand, Emigration“ setzt sich das Ziel, den vergleichsweise umfangreichen Beitrag von Gewerkschaftern im Widerstand gegen das NS-Regime aufzuzeigen und zu belegen. Die in den ersten beiden Bänden⁶ vorgestellten Widerstandsgruppen – der illegale DMV und der EVMB – sollen nun genauer vorgestellt werden:

Der freigewerkschaftliche DMV im Widerstand

Wie bereits erwähnt betätigten sich zahlreiche sozialdemokratische Freigewerkschafter, die zwar im Frühjahr 1933 mit ihrer Anpassungspolitik gegenüber dem NS-Regime versagten, nur kurze Zeit später im Widerstand. Dieser ist verbunden mit Namen wie Alwin Brandes, Max Urich, Heinrich Schliestedt, Willy Rößler, Richard Teichgräber und anderen mehr. Sie waren Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der bis zur Zerschlagung größten ADGB-Gewerkschaft. Die Mehrheit der DMV-Führung und zahlreiche Funktionäre der Bezirksleitungen sind Widerstandskreisen zuzuordnen. Ihnen ging es darum, eine gewerkschaftliche Organisation unter den Bedingungen der Illegalität zu erhalten. Sie bauten eines der umfangreichsten Widerstandsnetze reichsweit auf. Bereits im Jahr 1933 begannen die Funktionäre, frühere Kollegen in den Verbandsbezirken aufzusuchen. Ihr Ziel bestand darin, ein verzweigtes Vertrauensleute-Netz aufzubauen. Dieses Netz, das Hunderte, wahrscheinlich sogar Tausende Metallgewerkschafter einbezog, diente dazu, Auskünfte über die Situation in den Betrieben und die Stimmung der Arbeiter zu sammeln. Die Informationen flossen in im tschechischen Exil hergestellte Druckschriften ein. Dieses Material wurde über die „Grüne Grenze“ ins Reichsgebiet eingeschleust. Kontakte zum SPD-Exilvorstand, zur Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften (IRL) und zu gewerkschaftlichen Organisationen auf internationaler Ebene unterstreichen die Bedeutung der DMV-Gruppe. Diese hatte ihr Zentrum in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Zudem besaß sie Verbindungen nach Ostpreußen, Nord- und Süddeutschland, in Teile des Ruhrgebietes, nach Hessen und Thüringen sowie vermutlich auch in andere Regionen.

Anlass und Vorwand für die ersten illegalen Treffen 1933 war, Gehalts- und Pensionsansprüche geltend zu machen. Denn hauptamtliche Gewerkschafter waren im Mai 1933 fristlos entlassen worden. Nach der Entlassung war vielen Angestellten der freien Gewerkschaften die Auszah-

⁶ Vgl. Mielke/Heinz, Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat; Heinz/Mielke, Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat.

lung ihres Restgehaltes verweigert worden. In anderen Fällen hatten ehemals Hauptamtliche Ansprüche gegenüber der Unterstützungskasse des DMV, die von der DAF beschlagnahmt worden war. In führender Position nahm an diesen Treffen der ehemalige DMV-Vorsitzende Alwin Brandes teil, in dessen Haus in Berlin-Tempelhof sich der Kreis versammelte. Dazu gehörten der frühere Berliner DMV-Bevollmächtigte Max Urich, der ehemalige Verbandssekretär Heinrich Schliestedt, der Leipziger DMV-Bezirksleiter Richard Teichgräber, der Hallenser DMV-Bezirksleiter Willy Rößler, der Arbeitsrechtler Erich Bührig, zeitweise auch der Hamburger DMV-Bezirksleiter Hermann Kempkens. Es gibt Hinweise darauf, dass an den ersten Treffen auch der frühere DMV-Justitiar Ernst Fraenkel teilnahm. Da die Rechtslage unklar war, Arbeitsgerichte Klagen unterschiedlich behandelten und die DAF bei den juristischen Streitigkeiten anfangs keine einheitliche Position vertrat, war ein ständiger Informationsaustausch zwischen den Gewerkschaftern geboten. Einige der Klagen hatten durchaus Erfolg. Doch nur kurze Zeit später, im Juli 1933, wurde die Rückerstattung von Pensionsbeiträgen eingestellt. Die Klagen für eine Abfindung aufgrund fristloser Entlassungen wurden allerdings weiter von den Gerichten verhandelt und unterschiedlich beschieden. Aus diesem Grund wollten sich die Metallgewerkschaftsfunktionäre auch künftig in Berlin treffen. Im Zuge dieser Treffen tauschten sie sich ab spätestens August 1933 über Möglichkeiten einer illegalen Betätigung aus. Der Vorwand, die rechtlichen Ansprüche für nicht fristgemäß entlassene Gewerkschaftsangestellte prüfen zu müssen, bot den idealen Rahmen zur Schaffung eines verdeckt operierenden Kontaktnetzes.

Bei einer der Zusammenkünfte im Herbst 1933 wurde beschlossen, Versuche zu unternehmen, die DMV-Angestellten und mittleren Funktionäre in einer eher lockeren Struktur zusammenzufassen. Gegen Ende des Jahres 1933 begannen Gewerkschaftsfunktionäre wie Richard Teichgräber und Willy Rößler, ihre früheren haupt- und ehrenamtlichen Kollegen in den DMV-Bezirken – vor allem in den Bezirken Halle und Dresden – aufzusuchen. Das Ziel bestand darin, ein dichtes Netz von Vertrauensleuten aufzubauen. Informationen, die beschafft wurden, waren Berichte über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Produktionsweise, Arbeitszeit sowie zur Einstellung der Lohnabhängigen zu den NS-Machthabern. Gleichzeitig sollte über die Möglichkeiten eines Wiederaufbaus des DMV und anderer freier Gewerkschaften beraten werden. Im Abstand von mehreren Wochen besuchten Teichgräber und Rößler in den ehemals mitgliederstarken DMV-Bezirken Dresden und Halle ihre Vertrauensleute. Da Rößler und Teichgräber die Kollegen aus ihrer

Tätigkeit für den DMV gut kannten, kam eine Kontaktaufnahme vergleichsweise schnell zustande. Mehrfach trafen sich die Gewerkschafter in der Wohnung des jeweiligen Kollegen, manchmal auch in Gaststätten. Die Vertrauensleute unterhielten ihrerseits Kontakte in die Betriebe und versuchten, andere vertrauenswürdige Kollegen aus dem ehemaligen DMV für die Informationsbeschaffung zu gewinnen, was ihnen zeitweise gelang. Später wurden Tarnfirmen wie „Goki“ und „Luzil“ für den Vertrieb von Rasierwasser, Seife, Fahrradschlösser und Versicherungen zur Koordinierung der illegalen Tätigkeiten genutzt. Zur „Verschleierung des eigentlichen Zwecks des Zusammenhalts“ – so die NS-Verfolger – warben DMV-Funktionäre in ihrem alten Kollegenkreis für die Übernahme einer Vertretertätigkeit. In einem „Tatbericht“ der Gestapo von Anfang 1936 heißt es: „Der Zweck dieser [für die Kontaktaufnahme notwendigen – S. H.] Reisen war, eine lose organisatorische Verbindung der ehemaligen SPD-Angehörigen und Gewerkschaftler herzustellen. Eine der Hauptaufgaben dieser Staatsfeinde war es jedoch, in wirtschaftlicher und militärpolitischer Hinsicht Nachrichten zu sammeln, die dann nach der ČSR dem Internationalen Gewerkschaftsbund [...] und den Sopadestellen zugeleitet wurden.“ Andere Berichte der Verfolgerbehörden erwähnen, dass nach einer gewissen Zeit einige Mitglieder des illegalen Gewerkschafternetzes anstelle des Rasierwassers Fläschchen mit einer „Geheimtinte“ erhielten, um damit Berichte aus den Betrieben anfertigen und auf der Rückseite unverfänglicher Briefe in die ČSR senden zu können.

Während sich der engere Kreis des Widerstandsnetzes aus hauptamtlichen und einigen ehrenamtlichen DMV-Funktionären zusammensetzte, lassen sich für die lokale Ebene Kontakte zu Mitgliedern anderer ehemals freier Gewerkschaften und zur illegalen SPD feststellen. Aufgrund zahlreicher Verhaftungen und anderer Maßnahmen der Gestapo war der Widerstand 1935/36 erheblich geschwächt worden. Die Bemühungen, einen verzweigten Apparat auf Dauer zu etablieren, waren gescheitert. Die ehemaligen DMV-Funktionäre mussten bei den Verhören massive Gewalt der Gestapo über sich ergehen lassen. Gleichzeitig arbeiteten die NS-Verfolger auch mit psychologischen Tricks, um an Informationen zu gelangen, welche personelle Struktur das illegale Netz getragen hatte. Zunächst zerfiel ein Großteil der bisherigen Verbindungen zwischen den Gewerkschaftern. Dennoch setzten einige DMV-Zirkel ihre Arbeit bis zum Kriegsende fort. Günstig wirkte sich für diese Widerständler aus, dass im Zusammenhang mit der voranschreitenden militärischen Aufrüstung ab Ende der 1930er-Jahre qualifizierte Facharbeiter für

die Metallindustrie gesucht wurden. So gelangten nicht wenige Metaller, die in der sozialistischen Arbeiterbewegung sozialisiert worden waren, wieder in ihren alten Beruf. Sie waren mit der betrieblichen Realität vertraut und konnten genauere Aussagen zur dortigen Situation treffen. Mehr als in den ersten Jahren des NS-Regimes war die Triebkraft des Engagements auf die Kontaktpflege und Überlegungen auf die Zeit nach dem erhofften Ende des NS-Systems gerichtet. Diese Metallarbeiter beteiligten sich im Vergleich zur Zeit von 1933 bis 1936 an einem im Umfang kleineren, jedoch zumindest teilweise konspirativ besser gesicherten Widerstand.

Der kommunistische EVMB im Widerstand

Der EVMB, der sich zum „revolutionären Kampf“ bekannte, wurde im November 1930 als erster „roter Verband“ der KPD-nahen RGO gegründet. Der Verband unternahm Versuche, die Masse der Mitglieder aus dem Berliner DMV zum Übertritt zu bewegen. Er sollte sich zu einem „Reichsverband“ entwickeln. Dies gelang dem EVMB nicht. Die Autorität des Berliner DMV konnte der EVMB nur punktuell untergraben. Der Großteil der Mitgliedschaft verteilte sich auf Mittel- und Kleinbetriebe, die sich auf die Produktion von Spezialfertigungen in Gießereien, Drehereien und im Bereich Elektrotechnik konzentrierten. Bei den Betriebsrätewahlen errang der Verband in einigen Betrieben beachtliche Gewinne und überholte dabei sogar den DMV.

Die Tätigkeit des EVMB war bereits seit Mitte des Jahres 1931 verstärkt auf eine drohende Gefahr der Illegalität vorbereitet worden. Dennoch traf die repressive Dynamik nach dem 30. Januar 1933 den Verband unvermittelt. Die EVMB-Funktionäre riefen unmittelbar nach der Machtübernahme Hitlers zum Widerstand auf. Die gesamte RGO steigerte diesbezüglich ihre Agitation. Anhänger der Berliner SA und Mitarbeiter der Gestapo besetzten unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 die Büroräume des EVMB in Berlin-Mitte. Obwohl dessen Vorstand einige Unterlagen in Sicherheit gebracht oder vernichtet hatte, fanden die Nationalsozialisten Materialien mit nicht unwesentlichen Informationen. Auch aufgrund dieses Fundes wurden in den folgenden Tagen weitere Funktionäre inhaftiert. Trotz der Schwierigkeiten fanden unmittelbar nach dem Reichstagsbrand erste Treffen des RGO-Bezirksausschusses unter Beteiligung von EVMB-Vertretern statt. Ungefähr 30 als Wanderer getarnte Personen kamen in einem Wald bei Werneuchen – östlich von Berlin – zusammen, um die Weiterführung der Berliner RGO zu beschließen. In den Organisierungsbereichen der RGO wurde von „Verselbständigung“ gespro-

chen, die eine Anpassung an die Illegalität gewährleisten sollte. Daneben wurde beschlossen, gezielt Verbindung zu ehemaligen Mitgliedern des EVMB aufzunehmen. Kleinere Gruppen sollten durch diese Form der Kontaktpflege zusammengehalten und informiert werden.

Obwohl der eher lockere Zusammenschluss des illegalen EVMB Verluste durch Inhaftierungen zu beklagen hatte, gelang in den nächsten zwei Monaten die Erfassung von etwa 100 Mitgliedern. Daneben gab es Bemühungen, einen Kurierdienst zwischen RGO-Leitungsgremien, Verbindungsleuten und Einzelpersonen in den Betrieben zu organisieren. Die Leitung des illegalen EVMB übernahmen zunächst Fritz Rettmann, Paul Gericke, Rudolf Lentzsch und August Bolte. Neben ihnen waren Walter Kautz, Oskar Walz und Wilhelm Bielefeld wichtige Funktionsträger. Ab Mitte Mai 1933 suchten die EVMB-Funktionäre mit Hilfe von alten Mitgliederlisten gezielt frühere Gewerkschaftskollegen auf. Die Treffen fanden im unmittelbaren Wohnumfeld statt, etwas später in der Nähe von Betrieben und Stempelstellen. Im Vordergrund der Gespräche standen der Austausch über die Arbeitsverhältnisse, die Stimmung in den Betrieben und Möglichkeiten zur Verteilung von Materialien. Um das lose Netzwerk nicht unnötig zu gefährden, hielten die Mitglieder Besprechungen selten in privaten Wohnungen ab. Meist kontaktierten sie sich an vereinbarten Treffpunkten, auf der Straße oder in Parks. Das Wirken als „eingeschworene“ Gemeinschaft unter den Bedingungen der NS-Diktatur sorgte in den kommenden Monaten dafür, den EVMB zu einer relativ großen Widerstandsgruppe auszubauen. Deren Wirken sollte sich auf vier Bereiche konzentrieren: Auf die Propaganda zur Forcierung einer revolutionären Entwicklung, auf die Verteilung von Zeitschriften, auf die Kassierung von Mitgliedsbeiträgen sowie die Auswertung von Stimmungsberichten aus den Betrieben und Stempelstellen.

Als der EVMB Ende August 1933 mehrere Hundert Personen vereinigt hatte, entschieden sich die Funktionäre für ein systematisiertes Vorgehen beim Neuaufbau. Ab Mitte 1933 trieben vor allem der zur RGO-Reichsleitung engen Kontakt haltende Rudolf Lentzsch und Walter Kautz den weiteren illegalen Aufbau des EVMB mit Hilfe von „mittleren“ EVMB-Funktionären und -Basismitgliedern voran. Sie gingen davon aus, dass Hitler bald abwirtschaften werde und dann die proletarische Revolution kommen werde. Lentzsch und ein Kreis von Mitverschworenen gliederten das Berliner Stadtgebiet in 18 Verbandsbezirke, in denen Tätigkeiten entfaltet werden sollten. Industriegebiete wie Tempelhof und Treptow sowie die ehemaligen KPD-Hochburgen Wedding und Neukölln wurden in zwei Bezirke aufgeteilt. Dagegen fassten die EVMB-Funktionäre eher

bürgerlich geprägte Stadtteile wie Steglitz, Friedenau, Wilmersdorf und Lichterfelde in einem Abschnitt zusammen. Lentzsch und vier Instrukteure (Walter Kautz, Wilhelm Bielefeld, August Bolte, Oskar Walz) – verantwortlich für jeweils mehrere Bezirke – bildeten nun die Leitung. Der „engere Vorstand“, die Bezirksleiter und Verbindungsleute stellten den „Arbeitsapparat“.

Außerdem existierte eine „Parallel-Organisation“, die die Kassierung von Beiträgen und Spenden organisierte sowie die Flugblattverteilung koordinierte. Dieser „Kurier-Apparat“ arbeitete personell kaum unabhängig vom Leitungsapparat, da sich offenbar zu wenige EVMB-Anhänger bereit erklärten, diese Aufgaben zu übernehmen. Die „Parallel-Organisation“ setzte sich auch aus dem Leiter, Bezirkskassierern und Verbindungsleuten (Kassierern) in den Betrieben und Stempelstellen zusammen. Die Verbindungsleute waren meist personengleich mit den Verbindungsleuten des Funktionärskörpers. Zusätzlich gab es noch weitere Kuriere, die Auslieferungsstellen für Zeitungen und Flugblätter betreuten. Es gelang offenbar, den illegalen EVMB im gesamten Stadtgebiet neu zu konsolidieren. Die leitenden EVMB-Funktionäre konnten zahlreiche Kontakte in den Stadtteilen wiederherstellen. Aktionsformen bestanden in der Mobilisierung zu „Kurzdemonstrationen“ in und vor den Betrieben, in Flugblattverteilungsaktionen sowie dem Malen von Parolen an Häuser- und Betriebswände. In einigen Gießereien und Metallbetrieben mit Spezialanfertigungen, wo der EVMB bereits vor 1933 verhältnismäßig stark war, soll es eine gewisse Anhängerschaft gegeben haben, so z. B. in der Zahnradfabrik Friedrichshafen (Berlin-Wedding). Beim Unternehmen Orenstein & Koppel AG in Berlin-Spandau gab es eine Gruppe, wobei noch 1933 die Hälfte von 85 Sympathisanten sich wieder aus dem Zirkel zurückzog.

Den NS-Sicherheitsbehörden gelang es bald darauf, den Verband erheblich zu schwächen. Nachdem es der EVMB-Widerstandsgruppe gelungen war, ca. 800 bis 1.000 Arbeiter (von ehemals ca. 13.000) einzubinden, flog der Verband ab 11. Dezember 1933 offenbar durch einen Spitzel auf. In den folgenden Wochen kam es zur Festnahme von ca. 50 Personen. Die meisten festgenommenen EVMB-Funktionäre wurden inhaftiert. Der bisherige EVMB-Leiter, ein erheblicher Teil seiner Instrukteure, Bezirksleiter und Verbindungsleute wurden im Gestapo-„Hausgefängnis“ verhört und anschließend in das Konzentrationslager Columbia-Haus verschleppt, wo sie bis zum Anfang des Monats Januar 1934 blieben. Nach einer Inhaftierung im Konzentrationslager Oranienburg wurden sie ab 22. Januar 1934 im Untersuchungsgefängnis Moabit gefangen gehalten. In zwei Prozessen vor dem Berliner Kammergerichts klagte die Generalstaatsanwaltschaft 33

Personen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ an. Das Kammergericht verurteilte fast alle Angeklagten am 19. und 26. Juni 1934 zu Haftstrafen zwischen einem halben Jahr Gefängnis und drei Jahren Zuchthaus. Diese Repression bedeutete einen Rückschlag für den illegalen EVMB. Zwar wurde die illegale Gewerkschaftsarbeit des EVMB im Dezember 1933 nahezu ausgeschaltet. Dennoch konnte sich der illegale Verband nochmals – wenn auch auf bescheidenerem Niveau – konstituieren. Im Frühjahr 1934 versuchten EVMB-Mitglieder in Absprache mit Personen aus dem RGO-Reichskomitee, das nun aus dem Exil in Prag geführt wurde und über Tarnadressen mit den RGO-Bezirksleitungen in Verbindung stand, den Verband zu reorganisieren. Ermöglicht wurde die Reorganisation unter der Leitung von Ewald Degen, Max Gohl und Ernst Altenkirch nur dadurch, weil sich einige EVMB-Basisgruppen nach dem Gestapo-Zugriff entschieden hatten, ihre Tätigkeit ohne Leitungsorgane fortzusetzen. Nach eigenen Angaben organisierte der EVMB noch immer 400 Mitglieder in 30 Betriebs- und 17 Erwerbslosengruppen. Kontakte zu Berliner KPD-Strukturen brachen zwischenzeitlich ab. Anscheinend war dies nicht nur ein Resultat der Verfolgung oder eine Sicherheitsmaßnahme. Wohl eher sank das Vertrauen in die Partei, weil deren Funktionäre sich lediglich dann für den EVMB interessierten, wenn sie beabsichtigten, erfahrene Funktionäre aus dem Verband herauszuziehen und in die Parteiarbeit zu überführen. Unterdessen sah sich die KPD-Führung ab Sommer 1934 zu stärkeren Korrekturen ihres bisherigen Kurses gezwungen. Die KPD-Spitze erklärte am 1. August 1934 in einer Resolution, es sei die Aufgabe aller Anhänger, mit sozialdemokratischen Gruppen Verbindungen aufzunehmen und Grundlagen für ein gemeinsames Handeln zu schaffen. Die Herstellung einer Einheit wurde nun zur Bedingung für den Wiederaufbau explizit freier Gewerkschaften gemacht. Genau dies lehnte der EVMB jedoch ab. Dem linken „Sektierertum“, wie es im EVMB zum Ausdruck kam, wurde von nun an durch die KPD-Führung der Kampf angesagt. Doch die EVMB-Mitglieder ließen sich nicht beeinflussen und behielten ihren Abgrenzungskurs gegenüber Sozialdemokraten bei. Der Konflikt zwischen Funktionären des EVMB und Vertretern der KPD wurde in der zweiten Hälfte 1934 noch heftiger, weil sich der „rote Verband“ nicht auflöste und darauf bestand, eine eigenständige linksradikale Gewerkschaft zu sein, die sich von der Partei nicht bevormunden lassen wollte. Die EVMB-Mitglieder beugten sich nicht den strategischen Überlegungen der KPD-Führung, einen illegalen gewerkschaftlichen „Wiederaufbau“ im Rahmen von Strukturen der DAF zu vollziehen. Sie lehnten weiterhin Kontakte zu Sozialdemokraten und das Werben für

„freie Gewerkschaften“ ab oder betrieben ihr Engagement unter dem Aspekt eigener Interessen. Das Wirken der EVMB-Gruppe resultierte aus der Annahme, eine „revolutionäre Klassengewerkschaft“ in grundlegender Opposition und als Alternative zur DAF aufbauen zu können. Gegen Ende des Jahres 1934 hielt der Verband dem Druck durch die KPD-Führung nicht mehr stand und wurde mit Hilfe „organisatorischer Maßnahmen“ aufgelöst. Die Parteispitze erklärte die EVMB-Aktivisten nun zu „Parteischädlingen“, denen ein „schonungsloser Kampf“ angesagt wurde. Obwohl es den EVMB offiziell nicht mehr gab, setzten einzelne Gruppen ihre Arbeit fort und gaben noch Anfang 1935 Flugblätter im Namen des EVMB heraus. EVMB-Mitglieder – soweit sie weiterhin im illegalen Widerstand tätig waren – brauchten eine Weile, um sich selbst einzugestehen, dass sie eine tiefe Niederlage erlitten hatten und die künftige Entwicklung ihnen umso mehr die Bereitschaft abverlangte, ihre Arbeitsweise umzustellen. Unabhängig davon bildete der EVMB den Ausgangspunkt für andere kommunistische Widerstandsgruppen in Berlin.

Schlussbemerkungen

Aus zeitlichen Gründen konnte in diesem Vortrag nur auf zwei explizit gewerkschaftliche Widerstandsgruppen im Bereich der Metallindustrie eingegangen werden, die erhebliche Widerstandstätigkeiten entfalteten. Mit Blick auf die Akteure und deren Motivation für ihren Widerstand erschien es besonders wichtig, Zusammenhänge zwischen der Endphase der Weimarer Republik und der Frühphase des NS-Systems zu beleuchten. Denn die NS-Diktatur kam nicht über Nacht und dafür gibt es vielfältige Gründe. Es ist zu hoffen, dass deutlich geworden ist, dass dem gewerkschaftlichen Widerstand – insbesondere dem von Metallgewerkschaftern – eine erheblich größere Bedeutung im Widerstand zukommt, als bisher angenommen wurde. Zwar repräsentieren die beiden Gruppen, die im Widerstand nie „an einem Strang“ gezogen hätten, nur einen Bruchteil gewerkschaftlichen Widerstandes. Anhand bisheriger Ergebnisse lässt sich aber gerade deshalb vermuten, dass es intensiveren Gewerkschaftswiderstand in verschiedenen Industrien gegeben hat. Die Freigewerkschafter aus den Reihen des illegalen DMV waren nur kurze Zeit vor Aufnahme des Widerstandes bereit gewesen, sich in den Dienst einer Anpassungspolitik zu stellen, um ihre Organisationen zu „retten“. Doch dies war ein Irrweg, wie sie spätestens am 2. Mai 1933, dem Tag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften, auf schmerzliche Weise feststellen mussten. Aufgrund dieser Erfahrung, durch die manche Illusionen mit Blick auf den Charakter des NS-

Staates beseitigt wurden, waren ihre Bestrebungen bald darauf gerichtet, ein verzweigtes Netzwerk zum Erhalt gewerkschaftlicher Strukturen aufzubauen. Dieser Personenkreis sammelte systematisch und über Kontakte, die reichsweit verteilt waren und bis in die Betriebe reichten, Berichte über die Situation der Arbeiterschaft. Diese Berichte wurden nach Berlin und teilweise ins Ausland weitergeleitet. Von dort erhielten die Freigewerkschafter finanzielle und logistische Unterstützung, um „Gegenaufklärung“ zur NS-Propaganda zu betreiben.

Mit verschiedensten Aktivitäten des Widerstandes reagierten die kommunistischen EVMB-Mitglieder auf den Beginn des Nationalsozialismus. Sie glaubten, das NS-Regime sei von kurzer Dauer und werde durch eine Revolution überwunden. Die EVMB-Mitglieder nahmen an, sie könnten von der Zerschlagung der freien Gewerkschaften profitieren. Beim Versuch, den EVMB in der Illegalität zu beleben, unterschätzten dessen Anhänger den Terror, der sie hart treffen sollte. Auch wenn viele EVMBler den Nationalsozialismus in Kategorien einer antikommunistischen Kontinuität bewerteten, waren sie zum sofortigen Widerstand prädestiniert. Denn zwischen dem kommunistischen Kampf gegen den Weimarer Staat, gegen den DMV bzw. die SPD sowie dem Widerstand gegen das NS-System bestand eine gewisse Kontinuität. Insofern konnten der illegale EVMB und der DMV zwischen 1933 und 1935 schon rein ideologisch nicht zusammenfinden.

Ogleich beide Gruppen in den Nazis „Arbeiterfeinde“ erkannten, bildete beim EVMB die Abgrenzung gegenüber Sozialdemokraten eine entscheidende Triebkraft des Handelns. Nicht zuletzt ist auffällig, dass bei beiden Gruppen die Gewerkschafter, die auf keine Verwurzelung in der Arbeiterbewegung zurückblickten, sich also verhältnismäßig spät gewerkschaftlich und politisch organisiert hatten, nach 1935/36 kaum noch für Widerstandstätigkeiten mobilisierbar waren.

Ausgewählte Literaturhinweise zur Einführung in die deutsche Gewerkschaftsgeschichte bzw. zum Thema Verfolgung und Widerstand von Gewerkschaftern im NS-Staat:

- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, bearbeitet von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Köln 1988.
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5: Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945, bearbeitet von Matthias Frese und Siegfried Mielke, Frankfurt am Main 1999.

- Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933-1945, Köln 1981.
- Ulrich Borsdorf/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987.
- Detlev Brunner, Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Köln 1992.
- Willy Buschak, „Arbeit im kleinsten Zirkel“: Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993.
- Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.), Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Berlin 2012.
- Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1983.
- Rainer Fattmann/Jochen Faber, Hütet die Einheit wie euren Augapfel! Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Südwesten und die Zerschlagung der Gewerkschaften in Baden und Württemberg 1933, hrsg. von der IG Metall Baden-Württemberg, Stuttgart 2013.
- Stefan Heinz, Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“: Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010.
- Stefan Heinz/Siegfried Mielke (Hrsg.), Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012.
- Eberhard Heupel, Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932/33, Frankfurt am Main 1981.
- Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration, Essen 2008.
- Siegfried Mielke/Günter Morsch (Hrsg.), „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“ Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945, Berlin 2011.
- Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.) unter Mitarbeit von Marion Goers, Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012.

- Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.) unter Mitarbeit von Julia Pietsch, Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 4, Berlin 2013 (im Erscheinen, Metropol Verlag).
- Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.), Metallgewerkschafter im NS-Staat. Die Emigration, Berlin 2013 (in Vorbereitung, Metropol Verlag).
- Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt am Main 1993.
- Dieter Nelles, Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001.
- Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007.
- Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter- und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999.
- Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000.
- Stephan Stracke, Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität, Bremen 2012.
- Mehrere Aufsätze, die das Thema ansprechen, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013.
- Online-Projekt „Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zerstörte Vielfalt“ – Die Internetseite eines studentischen Projektes der FU Berlin erinnert an das gewerkschaftliche Leben in Berlin, an Verfolgung und Widerstand:
<http://www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de>
- Online-Ausstellung „Politische Häftlinge im Konzentrationslager Oranienburg 1933/34“ – Ein Projekt der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik der FU Berlin in Zusammenarbeit mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten:
<http://www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg>

Dr. Stefan Heinz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.